

Mittwoch, 16. September 2020

Blitzer auch bei Lärm sind sinnvoll

«Luzerner Grüne fordern Lärmblitzer im Kampf gegen Autoposer», Ausgabe vom 10. September

Der Bericht spricht uns aus der Seele. Wir können dieser Forderung nur zustimmen und empfehlen kombinierte Blitzer für Lärm und Geschwindigkeit. Wir sind sicher, diese würden sich in den Regionen Luzern-Littau und Luzern-Reussbühl schnellstens bewähren! Man würde auf Balkon und Terrasse wieder normal reden können, und Schulkinder und Passanten wären sicherer. Als Autofahrer wissen wir mittlerweile auch die Zone 30 zu schätzen: Drängeln, Posen und Rasen unmöglich.

Sabine Tewinkel, 6015 Luzern

Bitte kurz

Bitte fassen Sie sich kurz, damit möglichst viele Briefe Platz haben. Ihr Schreiben sollte höchstens 1900 Zeichen umfassen. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen oder sie nicht zu publizieren.

Über unfaire Vermieter und leere Wohnungen

Zum Leserbrief «Mieterinitiative sät unnötiges Misstrauen», Ausgabe vom 10. September

Ungern rüttle ich an Herrn Mächlers vielleicht etwas gar rosigem Weltbild (er ist Vizepräsident des Hauseigentümergebietes Luzern HEV). Aber: Unsere tägliche mietrechtliche Beratung zeigt, dass es neben all den fairen Vermietern etliche gibt, die hart an der Grenze zum Missbrauch agieren. Zwei Effekte sorgen dafür, dass selbst die Raiffeisenbank vor drei Jahren in einer Studie von durchschnittlich 40 Prozent überhöhten Mietzinsen sprach: Der Durchschnittszins sämtlicher Hypotheken – der Referenzzins – ging seit 2008 um 2,25 Prozentpunkte zurück. Das Gesetz sieht die Weitergabe dieser Einsparungen an die Mieterschaft vor, was seit 2008 einer Nettomietzinsreduktion von knapp einem Fünftel entspricht. Vermieter, die die Senkung ungefragt weitergeben, sind leider in der deutlichen Minderheit. Und selbst wenn Mieter formell korrekt um die Senkung anfragen, werden reihenweise unzulässige Gegenerhöhungen vollzogen oder abenteuerliche Argumente bemüht – auch im

Kanton Luzern. Zudem werden Mieten bei Mieterwechseln häufig auch ohne wertvermehrende Investitionen stark erhöht. Trotzdem trauen Wohnungssuchende selten nach der Vormiete zu fragen: Wer nimmt sich schon selber aus dem Rennen?

Unsere Initiative setzt hier an, indem die Vormiete in Gebieten und Zeiten von Wohnungsmangel automatisch mitgeteilt werden muss: Neben den mehreren Stunden Aufwand pro Mieterwechsel (für Ausschreibung, Wohnungsbesichtigungen, Vertragsaufsetzung, Wohnungsübergabe) kommen bei gleichbleibendem Mietzins maximal zwei Minuten dazu. Faire Vermieter haben kein Problem damit, auch im Wissen, dass so unfaire Vermieter erkannt und deren überrissene Mieterhöhungen bekämpft werden können. Weswegen lehnt sich der HEV mit seiner teuren Kampagne gegen solche Transparenz auf? Ich zweifle, dass dies zum Nutzen der fairen Mehrheit seiner Mitglieder geschieht.

Cyрил Studer Korevaar, Geschäftsleiter Mieterinnen- und Mieterverband LU, NW, OW, UR

Die Initianten fordern Transparenz, hantieren aber selber mit einer verfälschten Leerstandsziffer. Die Ziffer des Bundesamtes Statistik für den Kanton Luzern lautet 1,53 Prozent, umfasst aber Miet- und Eigentumswohnungen. Die Initiative jedoch betrifft nur Mietwohnungen. Das renommierte Datenanalyseunternehmen Wüest Partner hat die Leerstandsziffer am 7. September 2020 nur für den Mietwohnungsmarkt berechnet, diese beträgt im Kanton Luzern dramatisch hohe 2,4 Prozent, was von den Initianten (bewusst?) unter dem Deckel gehalten wird. Dabei wäre man dem Stimmbürger doch Transparenz schuldig. Es stehen 2730 von total 115 000 Mietwohnungen leer, ein Taschenrechner im Büro des Mieterverbandes wäre kein Luxus! Somit ein Gesetz auf Vorrat – und Gesetze sollten wir nur einführen, wenn dafür eine gewisse Dringlichkeit besteht, wovon wir weit entfernt sind. Wann endlich weist der Regierungsrat die Statistikstelle Lustat an, die Leerstandsziffer isoliert nur für Miete zu ermitteln?

Christian Marbet, Immobilienreuhänder, Luzern

Ebikon: Zum Einwohnerrat gibt es heute keine Alternative

«Fünfter Anlauf könnte klappen», Ausgabe vom 10. September

Seit der Abschaffung der Gemeindeversammlung gibt es in Ebikon keine öffentliche Plattform mehr zum Debattieren. Das Stimmvolk kann Vorlagen an der Urne nur noch annehmen oder ablehnen, mitgestalten ist nicht möglich. Die existierenden fünf Kommissionen arbeiten weitgehend hinter verschlossenen Türen, die Bevölkerung kennt die Mitglieder kaum, ein Austausch findet nicht statt. Zudem sind die Kommissionsentscheide für den Gemeinderat nicht bindend, sondern nur empfehlend.

Wie soll es nun weitergehen? Eine Rückkehr zur Gemeindeversammlung ist bei fast 14 000 Einwohnern nicht realistisch.

Das reine Urnenverfahren und das Kommissionenmodell funktionieren nachweislich nicht befriedigend, ein weiteres Experimentieren ist nicht zielführend.

Zum Glück aber gibt es eine bewährte Alternative: Der Einwohnerrat, das Gemeinde-

parlament aus gewählten Bürgerinnen und Bürgern, existiert in den anderen Luzerner Agglomerationsgemeinden Kriens, Emmen und Horw seit Jahrzehnten.

Mit dem Einwohnerrat wird die politische Vielfalt Ebikons repräsentativ abgebildet. Demokratische Mittel wie Postulate, Anträge oder Motionen kommen zum Tragen. Die Bevölkerung kann sich über die Parteien oder Mitglieder einbringen, die Beratungen sind öffentlich und die politischen Prozesse transparent. Der Einwohnerrat findet über Beratungen zu Entscheiden und trägt mit den Entschlüssen auch Mitverantwortung, was den Gemeinderat entlastet.

Zum ersten Mal ist es in Ebikon gelungen, alle sechs Ortsparteien zum künftigen politischen System ins gleiche Boot zu holen.

Nun ist es an den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern, den Einwohnerrat am 27. September auch zu unterstützen. Es gibt keine Alternative mehr!

René Friedrich, Präsident FDP Ebikon

Güggel auf dem Glaubenberg



Selbstbewusst schreitet dieser farbenprächtige Hahn einher. Na ja, wenn man eine ganze Hühnerschar unter Kontrolle haben will, muss der Auftritt die richtige Wirkung haben.

Leserbild: Walter Buholzer, Kriens

Klima: Wir müssen das Menschenmögliche tun

«Balthasar Glättli: Klima-streik-Vorwürfe treffen mich», Ausgabe vom 11. September

Haben Sie die Auseinandersetzung am Schweizer Fernsehen erlebt, als der Fernsehreporter vom Luftwaffenchef wissen wollte, ob die neuen Jets den Schweizer Himmel zwei oder vier Wochen von Feinden freihalten könnten? Ähnlich

mutet mich die Kontroverse an, ob die Schweiz 2030, 2040 oder 2050 CO₂-frei wirtschaften soll. Der Klimaschutz ist eine zu komplizierte und ernste Sache, um mit willkürlichen Zahlen geplant zu werden. Niemand weiss, ob der Ausstieg teilweise oder ganz gelingt und wann dies möglich ist. Das soll uns nicht daran hindern, gemeinsam das

menschenmögliche dafür zu tun, im Gegenteil. Ein Referendum gegen das CO₂-Gesetz scheint mir so absurd, wie wenn man die AHV abschaffen wollte, weil niemand weiss, ob sie in 10, 20 oder 30 Jahren noch ausreicht.

Jean Berner, Luzern, Klimagrosseltern Zentralschweiz und Arzt für den Umweltschutz

Brauchen wir Überschallflugzeuge? Und was ist mit dem Lärm, den sie in Emmen verursachen?

«Kampfjets: Fragen zum Engagement Emmens», Ausgabe vom 14. September

Einwohnerrat Paul Jäger verlangt eine Antwort vom Gemeinderat Emmen, weshalb sich dieser nicht öffentlich für die Unterstützung der neuen Kampfjets engagiert. Über ihre Beschaffung stimmen wir am 27. September ab. Die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge wirke sich unmittelbar auf den Militärflugplatz Emmen aus, schreibt Herr Jäger. Es gehe um Arbeitsplätze. Da hat er recht. Es geht aber auch um über 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner im Umkreis von Emmen, die sehr unter dem Fluglärm leiden. Ich kann mir vorstellen, dass sich der Gemeinderat mit Rücksicht auf seine steuerzahlende Einwohnerschaft nicht äussern darf oder kann. Es braucht eben eine gegenseitige Rücksichtnahme und eine solche vermisse ich vom Flugplatz Emmen bezüglich Flugzeiten.

Ich habe schon wiederholt gebeten, dass man aus Rücksicht auf die Kranken und Betagten in Spitälern und Heimen, aber auch auf die Kleinkinder, die am Mittag einen Mittagsschlaf machen, den Start am Mittag um 30 Minuten verschiebt und erst um 14 Uhr wieder fliegt. Das wäre erst noch eine wohlwollende Geste an das Stimmvolk.

Rosmarie Dormann, ehem. CVP-Nationalrätin, Rothenburg

Für die Sicherheit im Schweizer Luftraum gibt es keine

tauglichen Alternativen zu Kampfjets. Die Luftwaffe benötigt Kampfflugzeuge, die eine hohe Steigleistung haben, Überschallgeschwindigkeit erreichen und einige Zeit im Einsatzraum verweilen können. Zudem müssen sie mit allwettertauglichen Sensoren und Waffen ausgerüstet sein. Wir alle erinnern uns zurück an die Euro 08, wo in Zürich, Genf, Bern und Basel Zehntausende Fussballfans während zweier Wochen ein riesiges Fussballfest gefeiert haben. Wir alle kennen die verschiedenen internationalen Konferenzen, die in der Schweiz durchgeführt werden. Für diese Veranstaltungen muss die Schweizer Luftwaffe den Schutz des Luftraumes sicherstellen. Stellen Sie sich vor: Zehntausende Menschen in den Strassen von Bern und die Luftsicherheit wäre nicht gewährleistet. Unvorstellbar. Wenn wir auch in Zukunft Grossanlässe und wichtige Konferenzen in der Schweiz durchführen wollen, brauchen wir eine schlagkräftige Luftwaffe. Deshalb Ja.

Markus Regli, Landrat CVP, Andermatt

Ich als ehemaliger Emmer habe am eigenen Körper erfahren, wie schädlich es sein kann, wenn der dröhnende Fluglärm bis ins Innerste des Körpers dringt und gar das Herz zum Vibrieren bringt. Wie unter einer Lärmglocke fühlt sich das an. Und so wohnte, lebte und arbeitete ich in Emmen. Juristisch gesehen ist

militärischer Fluglärm nicht schädlich. So sind auch deren Schäden leider nicht erfassbar.

Ich finde es schön, dass wir unsere Meinung zu diesen neuen Kampfjets kundtun dürfen. Wollen wir im Grossraum Emmen in Zukunft unter einer noch intensiveren Lärmglocke leben und wohnen?

Franz Helfenstein, Luzern

Eindringlingen, die mit Maseratis unseren Luftraum verletzen, können wir mit «Döschwos» nicht Paroli bieten.

Hans Sidler, Rothenburg

Mir kommen fast die Tränen, wenn ich lese, wie stark der Glaube vieler Schweizer Männer an unsere Militärflugzeuge ist. Er erinnert mich an das magische Denken von Kleinkindern. In meinen Augen ist die vorgesehene XXL-Milliarden-Anschaffung ein reines Prestige-Projekt eines kleinen, unwichtigen Landes. Wofür sollten wir so unvorstellbar viel Geld verschleudern, wenn wir bereits über die beste Abwehr gegen mögliche Angreifer verfügen? In unseren Banken lagern immense Summen von Regierungen, Oligarchen und Drogenkartellen aus der ganzen Welt. Das VBS ist mit seiner Rückständigkeit, den Leerläufen, Fehlanschaffungen und Pleiten die grösste Steuergelder-Vernichtungsmaschinerie unseres Landes.

Lucia Lang, Emmenbrücke